

Auf zum Befreiungsschlag!

Erneut wurden wir diesen Herbst Zeuge eines Sturmangriffs auf die Sozialhilfe. Die Zutaten: ein teures Kindes- und Erwachsenenschutz-Setting, ein SVP-Positions-papier und eine ruchlose Boulevardzeitung.

Wer ein schockierendes Beispiel für die Funktionsweise einer politisch-medialen Diffamierungskampagne sucht, kommt um die «Sozialirrsinn-Debatte» von diesem Herbst nicht herum.

Diskussionswürdiger Einzelfall ...

Am Ursprung der Kampagne steht ein durchaus diskussionswürdiges KESB-Setting für eine Grossfamilie aus Eritrea. Bereits im August und frühen September hatten die NZZ am Sonntag und der Tagesanzeiger kritisch, aber nicht ohne Empathie über den Fall berichtet. Am Sonntag, 14. September, berichtete sodann der (Sonntags-) Blick unter dem Schlagwort «Sozialirrsinn» erstmals über den Fall. Am Montag folgte das Follow-up im Blick, bevor am Dienstag der Entwurf eines SVP-Positionspapiers zum Thema Sozialhilfe an die Medien gelangte. «Die SVP arbeitet am Sozialkahltschlag» und «600 Franken pro Monat sind genug», lauteten zwei der Schlagzeilen.

... führt zu Pauschalangriff

Von da an folgten im Tagestakt diffamierende Artikel über die Sozialhilfe: «Hilfe, die Helfer sind überall», «Der Kampf gegen Sozialhilfe-Touristen» und «Das Sozialamt zahlt sogar die Krippe» sind nur einige Beispiele. Was fällt an der Kampagne auf?

■ Aus der anfänglich auf ein KESB-Setting fokussierten Berichterstattung hat sich eine pauschalisierende Debatte entwickelt. Zwischen wirtschaftlicher Hilfe, beruflicher/sozialer Integration, Kindes- und Erwachsenenschutz usw. wurde nicht mehr unterschieden.



■ Die Kampagne zielt aufs gesamte System: «Auch die Fachhochschulen sind mitschuldig», schreibt die SVP. Der Blick sekundiert willfährig und berichtet über die Ausbildungsstätten, welche «Sozialnachwuchs im Akkord» ausbildeten. «An der Berner Fachhochschule etwa nahmen seit 2006 exakt 669 Sozialarbeiter ihr Diplom entgegen.» Aha.

■ Die Debatte widerspiegelt einen beängstigenden Backlash beim Umgang mit Armut: Autonomie der Gemeinden bei der Festlegung der wirtschaftlichen Hilfe, individuell-willkürliche Bemessung der Sozialhilfe und physisches statt soziales Existenzminimum sind einige der Stichworte.

■ Wirksame Lösungsansätze werden ausgeblendet. Auch wenn eines der Hauptprobleme im Zürcher KESB-Fall der ungenügende Lastenausgleich ist, lehnt die SVP «kantonale Lösungen zur Senkung der kommunalen Soziallasten entschieden ab».

Wenn es nicht gelingt, dem egoistischen Angriff von rechts den über Jahrzehnte – ja Jahrhunderte – errungenen, würdevolleren Umgang mit Armut entgegenzuhalten, droht eine Erosion unseres sozialen Sicherungssystems. Nun sind wir alle gefordert – ins Schneckenhaus verkriechen darf keine Antwort (mehr) sein.

Blaise Kropf

Die Geister, die ich rief...

Als Besänftigungsmassnahme für die hartgesottene Sozialabbauer hat der Berner Grosse Rat bei der Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich ein Bonus-/Malus-System für Sozialdienste eingeführt: Kosteneffiziente Sozialdienste sollen belohnt, ineffiziente bestraft werden. Berechnet wird die Kosteneffizienz mit einer komplizierten Formel, welche eine Bestrafung von Gemeinden aufgrund einer ungünstigen Sozialstruktur verhindern soll.

Nun hat die Gesundheits- und Fürsorgedirektion bekanntgegeben, welche Gemeinden einen Malus kassieren. Die Reaktionen überraschen nicht: Die betroffenen Gemeinden wollen sich mit Beschwerden gegen den Malus wehren. Und die SVP speit Gift und Galle, weil nicht Biel und Bern, sondern kleinere Gemeinden betroffen sind. Fazit: Das Bonus-/Malus-System hat die Sozialhilfedebatte nicht beruhigt, sondern angeheizt. «Gut gemeint» ist eben oft das Gegenteil von gut.